

"Wir brauchen keinen Krach, sondern ein Miteinander" Lausitzer Rundschau 18. Mai 2013

Sprecher der Klinger Runde beklagt Diskreditierung von Kohlegegnern im Vorfeld des Braunkohlenausschusses am Donnerstag

Unter dem Motto "Werde laut fürs Revier" ruft die Gewerkschaft IG BCE am Mittwoch zu einer Großdemonstration für die Braunkohle in Cottbus auf. Der dazu veröffentlichte Aufruf hat durch einige Textpassagen bei Akteuren in der Region für Unmut gesorgt. Thomas Burchardt, Sprecher der Klinger Runde, plädiert für einen sachlichen Umgangston und einen ehrlichen Umgang mit den Fakten.



Gegner und Befürworter der Kohle mobilisieren im Vorfeld des Braunkohlenausschusses ihre Anhänger. Foto: dpa

Herr Burchardt, Sie haben den Aufruf zur Demo am Mittwoch vor sich liegen. Was stört Sie daran?

Die Abgeordneten der Klinger Runde im Kreistag, ich als Sprecher und viele unserer Wähler fühlen sich von einigen Passagen des Aufrufs diskreditiert. Die Klinger Runde hat bei der Kommunalwahl mit ihren kohlekritischen Standpunkten mehr als 8000 Stimmen bekommen. Im Aufruf hingegen wird von Umweltschützern und "Gutmenschen" gesprochen, die "in Stuttgart, Hamburg oder Frankfurt/Main weit weg von den Sorgen der Lausitzer" seien und sich nicht um die Perspektiven der Menschen kümmern. Es tut dem Klima in der Lausitz nicht gut, wenn Menschen, die den negativen Folgen der Braunkohleverstromung nicht gleichgültig gegenüber stehen, als "eingekauft" diffamiert werden. Sehr viele engagieren sich seit Jahrzehnten vor Ort für ihre Heimat und für eine zukunftsgerechte nachhaltige Entwicklung der Lausitz. Die Risiken und Nebenwirkungen der Braunkohlentechnologie sind doch mittlerweile für jeden auch sichtbar und so nicht weiter zu verantworten.

Hat sich die Stimmung zwischen Kohlegegnern und -befürwortern insgesamt verschlechtert?

Eigentlich nicht. Wir hatten im Zuge der Ausarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption und auch bei der ersten Anhörung zum Vorhaben Welzow II einen guten Dialog. Auch dank der guten Moderation von Herrn Weymanns konnte jeder, der wollte, seine Argumente vorbringen, was letztlich auch dazu führte, dass wir jetzt eine zweite Anhörung haben. Das hat sich jetzt gewandelt, denn von der IG BCE wird die Technologie der Kohleverstromung zu einer Ideologie erklärt. Es werden Bekenntnisse eingefordert und damit eine Kampf Stimmung aufgebaut: entweder pro Kohle oder pro Energiewende. Die Situation der IG BCE-Mitglieder ist verständlich, nicht jedoch ihre Reaktion.

Wie könnte eine Alternative aussehen?

Wir brauchen einen Dialog miteinander, in dem sich die verschiedenen Seiten sachlich mit den

Fakten auseinandersetzen. Es gilt alles zu versuchen, um die Gräben zwischen Kohlebefürwortern und Kohlegegnern zu überwinden. Die Energiewende wird an der Lausitz nicht vorbeigehen. Der Chef des Energiekonzerns RWE hat kürzlich in einem Interview gesagt, dass die Energiewende partnerschaftlich gestaltet werden muss. Das halte ich für einen guten Gedanken.

Fehlt in Brandenburg dieser partnerschaftliche Dialog?

Nicht überall. Teilweise sehe ich eine Tendenz, dass in der Lausitz nicht über das Ob neuer Tagebaue diskutiert wird, sondern nur noch über das Wie. Auch der politische Druck aus Potsdam hinterlässt Zweifel an einer ergebnisoffenen Entscheidung innerhalb des Braunkohlenplanverfahrens. In diese Richtung geht auch die nächste Sitzung des Braunkohlenausschusses, bei der einerseits ausführliche Informationen aus einem Gutachten in der Verfahrensakte befolgt und eingearbeitet werden, die Gegenargumente hingegen keine Beachtung finden. Wir unterstützen deshalb als Klinger Runde den Antrag einiger Ausschussmitglieder, die ein Rederecht für Professor Christian von Hirschhausen vor den Ausschussmitgliedern beantragt haben. Damit wird ihm die Möglichkeit gegeben, sein Gutachten zum wichtigsten Aspekt der Braunkohlenplanung, ihrer energiepolitischen Notwendigkeit, zu erläutern.

Was wäre denn für einen gesellschaftlichen Dialog zur Energiewende in Brandenburg nötig?

Wir brauchen das politische Eingeständnis, dass sich die Braunkohleverstromung in einer Sackgasse befindet und daher auch einen Fahrplan für die Energiewende in der Lausitz. Der Bürger hört von der Bundesregierung doch derzeit, dass es eine Energiewende geben wird, dass Deutschland aus der Atomkraft aussteigt, der Kohlendioxidausstoß drastisch gesenkt und der Primärenergieverbrauch halbiert werden soll. Gleichzeitig erzählt Vattenfall, dass künftig nur in Grüne Energien investiert werden soll. Damit einher gehen Ängste, die bei den Bürgern und auch Beschäftigten wachsen. Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir einen Fahrplan, ähnlich wie bei der EU-Osterweiterung. Die Politik muss den Weg aufzeigen, Vattenfall muss sagen, ob und wie sich sein Kraftwerkspark ohne atomare oder fossile Stromerzeugung in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland entwickeln soll.

Wie sollte ein solcher Fahrplan aussehen? Gehören für Sie weitere Tagebaue dazu?

Die genehmigten Tagebaue sind bis nach 2040 für eine stabile Energieversorgung Deutschlands mehr als ausreichend. Wir lehnen als Klinger Runde neue Tagebaupläne in der Lausitz ab. Es besteht für neue Tagebaue mit der Umsiedlung von 3000 Lausitzern keine energiepolitische Notwendigkeit mehr. Deutschland ist beispielsweise trotz der eingeleiteten Energiewende immer noch Stromexporteur – und zwar in Größenordnungen, die dem entsprechen, was Vattenfall hier aus seinen Tagebauen holt. Die Lausitz darf nicht für den Stromexport abgebaggert werden, weil gerade die CO-Preise zu niedrig sind.

Was erwarten Sie von der Landesregierung?

Sie muss jetzt an den nötigen Strategien arbeiten. Jedes Braunkohlenplanverfahren ist ein unverantwortlicher Eingriff in die Lebensumwelt der Bewohner im Plangebiet und den Randbetroffenen. Brandenburg sollte sich ähnlich wie Mecklenburg-Vorpommern verhalten. Das Land hat sämtliche Tagebaue untersagt, unter anderem mit Verweis auf den Schutz der Heimat. Das kann Brandenburg auch, gerade wo es in der Lausitz um das verfassungsrechtlich geschützte sorbische Siedlungsgebiet geht. Wir müssen auch im Interesse der kommenden Generationen den gesicherten Ausstieg aus der Kohle in 30 Jahren schaffen.

Zum Thema:

Der **Braunkohlenausschuss** trifft sich am 23. Mai im Stadthaus in Cottbus, um über den neuen Entwurf zum Braunkohlenplan Welzow II zu beraten. Die **Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)** ruft am 22. Mai ab 15 Uhr zur Kundgebung auf dem Oberkirchplatz in Cottbus auf. Das Motto der Veranstaltung lautet **"Meine Stimme fürs Revier. Werde laut für die Lausitz!"**. **Gegen weitere Tagebaue** in der Lausitz wird am 23. Mai ab 8.30 Uhr vor dem Stadthaus in Cottbus demonstriert.



Mit Thomas Burchardt sprach Bodo Baumert